

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Privatstraße

Straßenbegrenzungslinie

Straßenverkehrsflächen

PLANZEICHENERKLÄRUNG PlanZV 1990 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB 5. SONSTIGE PLANZEICHEN Grenze des räumlichen Geltungsbereiches Dörfliche Wohngebiete (gemäß § 5a BauNVO) Flächen für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung: 2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauGB) Grundflächenzahl Anzahl der Vollgeschosse 0,3 \longleftarrow Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig Imgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege nd zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, offene Bauweise maximale Firsthöhe 3. BAUWEISE, BAULINIE, BAUGRENZEN GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB 4. VERKEHRSFLÄCHEN GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 11 UND Abs. 6 BauGB

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) m.W.v. 15. September 2021

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekannmachung vom 21. November 2017 (BGBl. l S. 3786),

zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) Planzeichenverordnung (PlanzV)

Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetze vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 191)

zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)

Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 03. April 2012, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. November 2021 (Nds. GVBl. S. 739)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 l S. 58),

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2020 (BGBl. I S. 1328)

Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgeset (NAGBNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104), mehrfach geändert; §§ 1a, 2a, 2b, 5, 13a und 25a eingefügt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. November 2020 (Nds. GVBl. S. 451)

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908)

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458)

Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) , zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I. S. 353)

Hinweise

Sollten bei Aushubarbeiten Bodenverhältnisse vorgefunden werden, die untypisch für dieses Gebiet sind oder auf eine Altablagerung hindeuten, ist diese dem Umweltamt des Landkreis Wolfenbüttel mitzuteilen.

Die Böden und Aushubmassen sind nach LAGA M20 (im Falle des Aushubs) und nach BBodSchV (Im Falle des Verbleibs vor Ort) zu bewerten und entsprechend zu handhaben. Eingriffe in den Boden sind durch einen Fachgutachter zu begleiten und die Arbeiten sind zu dokumentieren.

Sollten bei der Realisierung des Baugebietes Sachen oder Spuren angetroffen werden, bei denen Anlass zu der Annahme gegeben ist, dass sie Kulturdenkmale sind (Bodenfunde) so werden diese gemäß § 14 NDSchG bei der Unteren Denkmalbehörde des Landkreises Wolfenbüttel oder der Samtgemeinde Elm-Asse umgehend gemeldet.

Bezüglich der Gartengestaltung wird auf die gesetzlichen Regelungen gem. § 9 Abs. 2 NBauO hingewiesen, wonach die nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. Dem zufolge ist eine Gestaltung der

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFT

1. Geltungsbereich Räumlicher Geltungsbereich Diese ÖBV gilt für das Plangebiet "An der Dorfstraße". Die genaue Begrenzung des Geltungsbereiches ist aus der Planzeichnung ersichtlich.

Sachlicher Geltungsbereich Die Regelungen der ÖBV setzt einen Rahmen für die Gestaltung der Dächer und Einfriedungen.

Dachflächen sind in Material. Form und Farbe einheitlich (nichtfarblich changierend) einzudecken. Eine glasierte Dacheindeckung ist unzulässig.

Für die Oberflächen von Dacheindeckungsmaterialien sind neben naturfarbenden Tonziegeln nur Deckungen in den RAL-Farben Rot: 3003, 3004, 3005, 3007, 3009 oder entsprechenden Farbentönen zulässig.

2.3 Dächer der Hauptgebäude sind nur mit einer Neigung >20° zulässig. Untergeordnete Dächer von Anbauten, Wintergärten und Gauben sind auch mit geringeren Neigungen zulässig.

2.4 Dächer der Hauptgebäude sind nur als Satteldach zulässig.

2.5 Wintergärten, Terrassenüberdachungen, Gewächshäuser und Anlagen zur Nutzung von Solarenergie sind von den Vorschriften der Absätze 2.1, 2.2, 2.3 und 2.4 ausgenommen. Sonstige Dächer von Nebengebäuden gemäß § 62 NBauO sind von den Vorschriften der Absätze 2.1, 2.2, 2.3 und 2.4 ausgenommen, insofern diese als Flachdach ausgeführt werden.

3.1 Einfriedungen zur öffentlichen Verkehrsfläche sind nur in der folgenden Art und Weise zulässig:

- als lebende Hecke aus Laubgehölzen; - als Maschendraht oder Stabmattengitterzäune; - als massive Mauer aus Naturstein (auch Gabionen), Mauerziegel oder

3.2 Erschließungsseitig sind Einfriedungen nur bis zu einer Höhe von 1,2 m

3.3 Zur Kreisstraße K9 sind Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,2 m zulässig. Ausgenommen davon sind lebende Hecken aus Laubgehölzen.

- als Holzzäune.

4.1 Ordnungswidrig handelt nach § 80 Abs. 1 NbauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen lässt, die nicht den Anforderungen dieser ÖBV und den textlichen Festsetzungen entspricht. Die Ordnungswidrigkeiten können gem. § 80 Abs. 3 NBauO mit einer Geldbuße geahndet werden.

5.1 Von der örtlichen Bauvorschrift können Abweichungen zugelassen werden, wenn die Ziele der Satzung nicht gefährdet und sonstige öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden.

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Für den Geltungsbereich werde zwei dörfliche Wohngebiete (MDW1 + MWD2) festgesetzt. In den dörflichen Wohngebieten werden die gem. § 5a Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Tankstellen ausgeschlossen. Gemäß § 5a Abs. 3 werden die ausnahmsweise zulässigen Wirtschatsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und die dazugehörigen Wohnungen und Wohngebäude, sowie Gartenbaubetriebe zugelassen.

2.1 Die zulässige Grundflächenzahl im MWD1 beträgt 0,3 und im MWD2 0,6. 2.2 Die maximal zulässige Geschossigkeit im MWD1 wird auf zwei Vollgeschosse

3. GARAGEN UND STELLPLÄTZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

3.1 Vor bauordnungsrechtlich erforderlichen Stellplätzen, Garagen und Carports, deren Zufahrten senkrecht zum Straßenraum angeordnet sind, ist zur öffentlichen Verkehrsfläche ein Mindestabstand von 5,0 m als Stauraum einzuhalten. Entfällt vor Garagen und Carports bei anderer Anordnung der 5,0 m lange Stauraum, ist ein zusätzlicher Stellplatz auf dem Grundstück nachzuweisen.

4. GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT (§ 9 Abs 1 Nr. 21 BauGB)

4.1 Für die Privatstraße wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten der Besitzer, Mieter, Besucher und Kunden sowie der Ver- und Entsorgungsträger, die über die Privatstraße zwingend erschlossen werden, festgesetzt. Besitzer der Privatstraße sind die Grundstückseigentümer innerhalb des MWD1.

5. FEUERWEHRZUFAHRTEN / PRIVATE ERSCHLIEßUNGSSTRAßE

5.1 Alle Feuerwehrzufahrten und die private Erschließungsstraße sind entsprechend der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr und den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen RASt R1 06 R1 zu gestalten.

6. MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UNDLANDSCHAFT GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

6.1 Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist die bestehende Hecke inklusive eines vorgelagerten, zwei Meter breiten Saumes zu erhalten. Ausfälle von über 5 % sind durch Nachpflanzungen der nachfolgenden Pflanzliste zu ersetzen. Innerhalb der Fläche ist der Einsatz von Pestiziden und Dünger untersagt. Im Zeitraum vom 1. März bis 30. September darf die Hecke nicht beschnitten werden. Der Saum darf höchstens zweimal im Jahr gemäht werden.

Pflanzliste:

Weißdorn (Eingriffeliger oder Zweigriffeliger) Crataegus monogyna/laevigata Schlehe Prunus spinosa

Hunds-Rose Rosa canina Purgier-Kreuzdorn Rhamnus cathartica Blutroter Hartriegel Cornus sanguinea Gewöhnliche Hasel Corylus avellana

Schwarzer Holunder Sambucus nigra Gewöhnlicher Schneeball Viburnum opulus

Gewöhnliches Pfaffenhütchen Euonymus europaeus

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Maßstab: ... Die Planunterlage entspricht westlich der Eilumer Dorfstraße (Flurstück 41/12, 41/13 und direkt angrenzende Flurstücke) dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 17.06.2022). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Umringsgrenzen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich. Die Planunterlage entspricht im übrigen Bereich dem Inhalt des Liegenschaftskatasters (Stand vom 17.06.2022) 2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §§ 18, 19, 20 BauNVO)

(Unterschrift)

Kartengrundlage: .

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde ausgebarbeitet von ...

Öffentliche Auslegung

Planverfasser

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen hat in seiner Sitzung am dem Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. .. ortsüblich bekanntgemacht. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am Der Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung haben vom gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung amals Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rechtsverbindlichkeit

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes wurde nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt gemacht und ist im Amtsblatt Nr. für den Landkreis Wolfenbüttel bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist mit der Bekanntmachung

amin Kraft getreten.

Berücksichtigung der Stellungnahmen / Anregungen und Bedenken

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger

.. geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht geltend gemacht worden.

Übersicht



Bebauungsplan Eilum "An der Dorfstraße", Gemeinde Kneitlingen

mit örtlicher Bauvorschrift

Vorabzug



Gemeinde Kneitlingen 38170 Schöppenstedt Deutschland

ABSTAB 1:750 XXX 841 / 594 XXX BLAT 10.08.2022

716 / 22009

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen hat in seiner Sitzung am Bebauungsplans "An der Dorfstraße" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am .. bekanntgemacht worden

Aufstellungsbeschluss

PRÄAMBEL

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des BauGB, der § 84 der NBauO und der §§ 10 und 58 des NKomVG hat der Rat der Gemeinde Kneitlingen den Bebauungsplan "An der Dorfstraße", bestehend aus der Planzeichnung und den obenstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

VERFAHRENSVERMERKE